Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf die Beteiligung am Bundesrat

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **32 (1953)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

rat Dr. Max Webers und sprach ihm ihr volles Vertrauen und ihren Dank aus für seine hervorragende Arbeit, die er für Land und Volk geleistet hat.

Am 12. und 13. Dezember nahmen die verantwortlichen Instanzen der Partei, Geschäftsleitung, Politische Kommission und Parteivorstand Stellung zur innenpolitischen Situation, wie sie nach dem verwerfenden Volksentscheid und nach dem Rücktritt von Bundesrat Weber entstanden ist. Das Ergebnis dieser gründlichen Aussprache fand seinen Niederschlag in der nachstehenden *Erklärung des Parteivorstandes der SPS.*

Die innenpolitischen Geschehnisse der letzten Tage und Wochen haben vor aller Augen die schwere Krise enthüllt, in der sich die großen bürgerlichen Landesparteien befinden. Die Zersetzung und Aufspaltung in ihren Reihen ist offensichtlich, und die Vorkommnisse und Begleiterscheinungen rund um den 6. Dezember bilden eine eindrückliche Bestätigung dessen, was in unserem heutigen Heft der «Roten Revue» über den Standort der Freisinnigen und der Katholischkonservativen, aber auch des Landesrings ausgeführt wird. Im nächsten Januar-/Februarheft werden wir die Analyse der Politik der übrigen bürgerlichen Parteien fortsetzen und vom sozialdemokratischen Gesichtspunkt aus die große innenpolitische Bedeutung beleuchten, die dem 6. Dezember und den Entscheiden sowohl der Sozialdemokratischen Partei wie der bürgerlichen Regierungsparteien zukommt. P. S.

Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf die Beteiligung am Bundesrat

Die Erklärung des Parteivorstandes der SPS

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz trat am 13. Dezember 1953 in Zürich unter dem Vorsitz des Parteipräsidenten, Nationalrat Walther Bringolf, und im Beisein von Bundesrat Dr. Max Weber zusammen. Er stimmte mit 62 Stimmen gegen eine Stimme folgender Entschließung zu:

1. Der Parteivorstand bedauert die Verwerfung der Vorlage für die Ordnung der Bundesfinanzen vom 6. Dezember 1953. Die Vorlage war das Ergebnis einer Verständigung der im Bundesrat bisher vertretenen politischen Parteien. Obwohl sie nicht alle Forderungen, die wir Sozialdemokraten zu stellen hatten, erfüllte, fand sie unsere tatkräftige Unterstützung.

2. Der Parteivorstand macht für den verwerfenden Volksentscheid in erster Linie jene Kreise des Bürgertums aus Industrie, Finanz, Handel und Gewerbe verantwortlich, die aus nacktem Egoismus jeder gerechten Belastung der hohen Einkommen Widerstand leisten. Anonyme, von Handel und Indu-

strie finanzierte Büros und Aktionskomitees, die die bürgerlichen Parteien zersetzten und die öffentliche Meinung bewußt irreführten, haben der Institution der Referendumsdemokratie erneut schweren Schaden zugefügt.

3. Der Parteivorstand betrachtet den Rücktritt von Dr. Max Weber aus dem Bundesrat als richtig. Er spricht Bundesrat Dr. Max Weber für seine aufopfernde und vorbildliche Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung und des ganzen Landes aufrichtigen Dank aus.

4. Der Parteivorstand beschließt, unter den heute gegebenen Umständen auf eine Vertretung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz im Bundesrat zu verzichten.

5. Der Verzicht der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf ihre Vertretung ändert grundsätzlich nichts an ihrer Haltung zur Innen- und Außenpolitik unseres Landes. Die Sozialdemokratische Partei wird ihren Kampf um den Ausbau unserer Demokratie, geleitet von den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Interessen des ganzen arbeitenden Volkes, beharrlich weiterführen.

6. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und ihre Fraktion in der Bundesversammlung werden jede Verschlechterung der heute in Kraft befindlichen Finanzordnung (Übergangsordnung) entschieden bekämpfen. Eine weitere Belastung der Arbeiter und Angestellten, insbesondere durch Erhöhung der Konsumsteuern, wäre unannehmbar. Ohne direkte Bundessteuer, die den Besitz und die hohen Einkommen gebührend erfaßt, wird die Sozialdemokratische Partei keiner Ordnung der Bundesfinanzen zustimmen.

7. Die heutige Entscheidung des Parteivorstandes verpflichtet die gesamte Parteimitgliedschaft in Stadt und Land zur Stärkung der Aktivität und zu entschlossenem Handeln. Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie ruft das ganze werktätige Volk auf, mit ihr den Kampf für die Sauberkeit im politischen Leben zu führen und für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Freiheit und Demokratie einzutreten.

HANS OPRECHT

Der Freisinn — liberal, radikal oder was denn?

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz stellt gegenwärtig im Nationalrat 51 Vertreter, im Ständerat deren 12. Sie zählte zwar bei den Nationalratswahlen 1951 weniger Stimmen als die Sozialdemokraten, sie nimmt aber immer noch drei Bundesratssitze für sich in Anspruch. Sie wähnt sich zwar auch heute noch als *die* staatserhaltende Partei des Liberalismus